Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 48 (1968-1969)
Heft: 6: "Unrast"

Artikel: Der Aufstand im Campus : zwei Jahre hernach
Autor: Molnar, Thomas
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-162139

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 06.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Der Aufstand im Campus — zwei Jahre hernach

THOMAS MOLNAR

> «Hätte in unserer Jugendzeit irgendeiner meiner Altersgenossen *Respekt* für die jüngere Generation gefordert, so hätten wir ihn ganz gewiss ausgelacht.»
>
> (*Turgenjew:* Erinnerungen)

Die Studentenunruhen, die heute in verschiedenen Teilen der Welt ausgebrochen sind, zeigen zwar auf den ersten Blick einige rein äusserliche Gemeinsamkeiten. Es lässt sich jedoch nicht behaupten, dass sie gleichartige Beweggründe oder übereinstimmende Ziele aufwiesen. In den südamerikanischen und japanischen Universitäten ist die ganze Bewegung rein politischer Art und wird von den politischen Parteien gelenkt. Ich hatte Gelegenheit, dies an Ort und Stelle — in Tokio, in Lima und in Buenos Aires — zu beobachten. In den Staaten hinter dem Eisernen Vorhang wird die Studentenschaft vor der Zulassung zu den Universitäten sorgfältig auf ihren gesellschaftlichen Hintergrund hin überprüft. Daher richtet sich die Auflehnung in ihren Reihen nicht so sehr *gegen* den Kommunismus; vielmehr hat sie die innerparteiliche «Demokratisierung» und die sogenannte «Rückkehr zur sozialistischen Gesetzlichkeit» zum Ziel. Man könnte dies als den Aufstand *innerhalb* der von Djilas so benannten «Neuen Klasse» bezeichnen, die — als künftige bürokratische Führungsschicht des Staates — angenehmere Lebensbedingungen für sich erstrebt.

In den Vereinigten Staaten und auch in Westeuropa stehen wir vor einer ganz anderen Situation. Beim Betrachten von Photographien randalierender Jugendlicher — sei es in Berlin, Amsterdam, Paris oder in London — sehe ich gleichsam amerikanische Wesensmerkmale in ihrem Auftreten und Gebaren dieser Jugendlichen und in der Art und Weise, wie sie sich kleiden; dies obwohl die Randalierer in der Regel antiamerikanische Plakate mit sich führen, antiamerikanische Schlagworte schreien und die Botschaftsgebäude der Vereinigten Staaten angreifen. Auch mutet es irgendwie amerikanisch an, dass sich diese europäischen Studenten mangels einer politischen Streitfrage plötzlich ohne ein echtes Anliegen finden, so dass sie gegen die Fahrpreiserhöhung bei öffentlichen Verkehrsmitteln demonstrieren oder, wie dies unlängst in Edinburgh der Fall war, von der Universitätsverwaltung die unentgeltliche Abgabe schwangerschaftsverhütender Pillen verlangen. Anlässlich eines kürzlich in Köln zwischen CDU-Studenten und mir veranstalteten Treffens stellte ich — für mich nicht ganz über-

raschend — fest, dass sich selbst die Forderungen des am deutlichsten formulierenden Studenten erschöpften im Wunsch nach unbegrenzten Reisemöglichkeiten und anderen Annehmlichkeiten — alles im Rahmen einer vereinten und friedlichen Welt. Das sind reichlich nebelhafte Sehnsüchte, obgleich am Rande einige aus sozialistischem Gedankengut bezogene Ideen auftauchten, als ich den betreffenden Studenten zu klarerer Stellungnahme drängte.

Das höhere Bildungswesen als neue Industrie

Wieso behaupte ich nun aber, es handle sich hier um typisch amerikanische Züge? Man tut gut daran, das Phänomen der studentischen Unrast zunächst seines politischen «Überbaus» zu entkleiden. Dann zeigt sich, dass sie in den Vereinigten Staaten auf bestimmte, klar feststellbare Gründe, die eng mit den Entwicklungen in der Nachkriegszeit verknüpft sind, zurückgeht: Die im Jahr 1944 in Kraft gesetzte «G. I. Bill» hatte ein bis anhin unvorstellbares, geradezu explosionsartiges Anwachsen der Studentenzahlen zur Folge. Millionen neuer Studenten beschritten den Weg zur höheren Bildung. So schossen neue Universitäten wie Pilze aus dem Boden. Die staatlichen Colleges verfügten eine weitere Demokratisierung ihrer bereits vorher grosszügigen Zulassungspraxis; bald darauf folgten die privaten Colleges mit gleichen Massnahmen. Die Vereinigten Staaten schienen Lenins Ausspruch «Sowjets plus Elektrifizierung» umzuprägen zu «Vollbeschäftigung plus akademischer Grad». In wenigen Jahren entwickelte sich das höhere Bildungswesen zu einer eigentlichen Industrie, vielleicht gar zur blühendsten Industrie, denn das höhere Bildungswesen blieb unberührt von den stets wiederkehrenden Konjunkturschwankungen und war eines ununterbrochenen Zustroms von «Konsumenten» sicher.

Im Verlauf der letzten fünfzehn Jahre habe ich viele Dutzende von Campus-Universitäten besucht, darunter riesengrosse, wie die staatlich finanzierten Universitäten von Berkeley oder Wisconsin, aber auch kleine private mit etwa tausend Studenten, wie Davidson in North Carolina oder Reed in Oregon. Der überwältigende Eindruck ist immer ein solcher bourgeoisen Wohlergehens und Verhaltens. Handle es sich nun um ein einer kirchlichen Gemeinschaft angegliedertes oder weltliches College, sei es vom Staat oder von einer Körperschaft privat ernannter Kuratoren getragen: stets ist der Campus auf verschwenderische Art und Weise angelegt und ausgestattet. Er bietet der Studentenbevölkerung etwa die gleichen Annehmlichkeiten, wie sie Motels, Klublokale auf dem Lande, wohlhabende Vorstädte und reiche Städte von der Ost- bis zur Westküste der Vereinigten Staaten den erwachsenen Einwohnern bieten. Tagsüber sieht man, wie gemächlich herumschlendernde Jungen und Mädchen sich zum Unterricht

begeben, sich auf dem Rasen in der Sonne räkeln, allerhand Sportarten betreiben und in den zahlreich vorhandenen Cafeterias Ice Cream verzehren oder Fruchtsäfte trinken. Nach Einbruch der Dämmerung sieht man junge Paare, gekleidet wie ihre Eltern am Samstagabend, in den Aufenthaltsräumen der Studentenhäuser sitzen, das Fernsehprogramm verfolgen, gemütlich plaudern, das Abendessen zu sich nehmen und anschliessend zu einem der Tanzanlässe oder Filmvorführungen gehen, wie sie von den zahlreichen Organisationen im Campus veranstaltet werden.

Es trifft wohl zu, dass der Lehrbetrieb wie der ganze Ausbildungsprozess überhaupt zu einem Teil der Jagd nach Promotion und Hochschuldiplom geworden sind. Aber die übrigen Aspekte des Lebens im Campus — für die geistig regsameren unter den Studenten vielleicht etwas eintönig — widerspiegeln doch bis in die Einzelheiten getreu das Leben in irgendeiner Vorstadt, wie es diese jungen Leute — oft schon Paare, deren Verhältnis nur noch des Anstrichs der Legalität entbehrt — binnen weniger Jahre «draussen» führen werden. Es ist somit zugleich richtig und falsch zu sagen, die «multiversity» (der Ausdruck wurde erstmals vom Rektor von Berkeley gebraucht) sei weiter nichts als eine Diplomfabrik, eine blosse Aufbereitungsmaschinerie. Gewiss ist sie dies; doch weist der Campus noch andere Aspekte auf, die, selbst wenn ihr rein mechanischer Rhythmus mit Recht beklagt wird, allerdings im Grunde nicht eintöniger oder unpersönlicher sind als die amerikanische Lebensweise an sich!

Professor Alain Touraine schrieb kürzlich in «Le Monde», die Campus-Universität — jetzt in zunehmendem Masse eine Eigentümlichkeit auch des französischen Universitätslebens — bilde eine neue Klasse heran, und zwar gerade weil sie in künstlicher Absonderung vom gewöhnlichen Leben der Stadt und des Volkes gehalten werde. Für die amerikanischen Campuses, die mit der Gesellschaft gleichsam in Symbiose leben, trifft diese Feststellung jedoch nicht zu, mindestens nicht im gleichen Sinn. Der klassenbetonte Charakter des amerikanischen Campus äussert sich auf andere Weise: Während vor einigen Jahrzehnten die College-Ausbildung noch ein seltenes und hochgeschätztes Privileg war, hat die Entwicklung der Nachkriegszeit, wie oben gezeigt, über das ganze Land eine Schicht von Millionen von Studenten ausgebreitet, die fast automatisch mit dem Grad eines «Bachelor of Arts» ausgestattet werden und heute nach der fast ebenso automatisch verliehenen Doktorwürde trachten. Mit andern Worten: wir sind Zeugen einer eigentlichen *Inflation* von Studenten, Professoren, Diplomen und Kursen, und ebenso von Bundes-, Staats- und privaten Geldern, von Schulbauten und Verwaltungspersonal. Die fast völlige Demokratisierung des höheren Bildungswesens führte zum Ergebnis, dass man Millionen junger Leute, die sich nur ganz am Rande, wenn überhaupt, für das Lernen interessieren, in den Ausbildungsprozess hineinstellt. Die meisten unter ihnen

langweilen sich ganz offensichtlich, werden aber doch in der Schule behalten. (Die obligatorische Schulzeit wird jetzt in England und Frankreich bis zum 18. Lebensjahr ausgedehnt, wie es in den USA bereits üblich ist.) Die Verlängerung der Schulzeit geschieht auf Grund von Entscheiden, die teils als «demokratisch» gelten, teils als eine Funktion des Arbeitsmarktes erfolgen. Diese Entwicklung zu riesenhaften Massstäben wäre in den Vereinigten Staaten eigentlich nicht aussergewöhnlich, es sei denn, dass die ganze Situation merkwürdig doppelbödig geworden ist: Während die Hochschule zu einer Art *Kundendienstbetrieb* der modernen Industriegesellschaft und des sich ausdehnenden Regierungsapparates geworden ist, blieben ihre Terminologie und ihre Geisteshaltung zum Teil gleichsam mittelalterlich.

Die Wurzeln des Unbehagens

Wir wollen nun diesen Sachverhalt etwas eingehender betrachten. Die Abteilungen für reine und angewandte Naturwissenschaften arbeiten für die Privatindustrie oder für verschiedene Zweige der Regierung, beispielsweise für die Verteidigung. Dadurch erhalten die Professoren reichliche Geldmittel, und ihre Aufgabe besteht darin, ihre Mitarbeiter für die Durchführung bestimmter Projekte einzusetzen. Mit der Zeit lassen sie sich kaum mehr von ranghohen Beamten, Direktoren oder Verwaltungsleuten unterscheiden, und ihr Berufsleben gleicht völlig dem der führenden Persönlichkeiten öffentlicher und privater Betriebe. Wirtschaftsunternehmen und die Regierung rekrutieren ihrerseits auf dem Campus Personal für ihre eigenen Forschungslaboratorien, für technische Aufgaben und für das Verkaufswesen. Sie finanzieren den Universitätsbetrieb zu einem grossen Teil und bestimmen auch in anderer Hinsicht, was innerhalb dieser dem Namen nach autonomen Institutionen zu geschehen hat. Immer mehr gilt diese Tatsache auch für die sozialwissenschaftlichen Abteilungen, besonders für die Wirtschaftswissenschaft, die Soziologie, die Psychologie und selbst für die Pädagogik. Das reibungslose Funktionieren des Betriebes dieser Abteilungen und ihrer «Aussenwelt» — der Stiftungen, Geschäftsunternehmen, Lehrerseminarien und der wie Pilze aus dem Boden schiessenden psychologischen Fürsorgeinstitutionen — beruht auf enger gegenseitiger Zusammenarbeit: Die Trennungslinie zwischen Schule und leistungsbewusster Industriegesellschaft wird zunehmend verwischt. Lernen um des Lernens willen wird zur seltenen Ausnahme. Und doch bringt man den Studenten bei, sie bildeten die geistige Elite der Gesellschaft. Sie unterziehen sich Zeremonien, die an das Leben in mittelalterlichen Universitäten gemahnen, und sie hören, jeder von ihnen sei ein junger Plato zu Füssen seines professoralen Sokrates. Sie hören von Forschungsfreiheit, von der Würde und Erhabenheit uneigennütziger Forschung im Grenzbereich des menschlichen Wissens

und von der Pflicht der geistigen Elite, aufgeklärte Ideen auch an die letzten Glieder der menschlichen Gesellschaft heranzutragen.

Die Kluft zwischen diesen erhabenen Feststellungen und den mehr oder weniger schmalspurigen bürokratischen Berufen, für welche die Studenten ausgebildet werden, schafft unter ihnen ein verständliches Gefühl des Unbehagens. Sind sie kühne Geisteshelden im Dienst der Wahrheit — oder aber nur farblose Diener des Wohlfahrtsstaates? Tatsächlich wissen sie nicht, wem und was sie zu glauben haben, und so bezichtigen sie «die Gesellschaft» und die Universität der Heuchelei. Bald erkennen sie, dass der Widerspruch, unter dem sie leiden, auch ein solcher der Gesellschaft überhaupt ist. Diese unklaren Vorstellungen werden nun aber durch ihre Professoren der geisteswissenschaftlichen Disziplinen — den einzigen auf dem Campus, die immer noch nicht in den Genuss von Geldmitteln seitens der Regierung oder der Industrie kommen — deutlicher formuliert. Regierung und Wirtschaft brauchen schliesslich keine Philosophen, Literaturwissenschafter, Linguisten oder Historiker, so dass die Professoren geisteswissenschaftlicher Richtung zu einer Art von verbittertem Lumpenproletariat werden, dessen Existenz wie das Dasein der Studenten voller Widersprüche steckt. Professor Louis Feurer von der Berkeley-Universität beschrieb im März 1967 diesen Sachverhalt mit aller wünschenswerten Deutlichkeit: Er wies darauf hin, dass die Professoren der geisteswissenschaftlichen Disziplinen die einzige Kategorie unter den Intellektuellen darstellen, die noch immer nicht mit einem Zweig der Bürokratie verbunden sind. Sie verhalten sich daher in bezug auf die Gesellschaft in hohem Masse unverantwortlich, werden für anarchistische und nihilistische Propaganda im Hörsaal nicht bestraft, sind unabhängig von Wählern oder Arbeitgebern; sie erfreuen sich im Gegenteil aller ihrer traditionellen Privilegien und sind Jahr für Jahr eines zahlreichen, jungen, leicht zu beeindruckenden und unverantwortlichen Studentenpublikums sicher.

Der Mangel an Autorität und Widerstand als wichtigster Beweggrund

Es gilt nun die Berkeley-Unruhen von 1966 und die Situation der amerikanischen Jugend «nach Berkeley» vor diesem Hintergrund zu betrachten. Seit Berkeley hat es viele ähnliche Vorfälle gegeben, von denen ich einen in New York während seiner ganzen Dauer von mehreren Tagen mitzuerleben Gelegenheit hatte. Wie bei den die ganze Bewegung auslösenden Vorfällen von Berkeley liess sich auch bei allen folgenden Unruhen leicht feststellen, dass die überwältigende Mehrheit der Studenten gegenüber dem, was vor ihren Augen und in ihrem Namen geschieht, völlig unbewegt und gleichgültig bleibt. Die meisten interessieren sich nach wie vor in erster Linie für die nötige Punktezahl in den zur Erlangung ihres akademischen Titels zu

belegenden Kursen. Ferner befassen sie sich bereits mit ihrem künftigen Beruf. Die an den Unruhen aktiv beteiligte Minderheit — ich werde später auf die eigentlichen Organisatoren zu sprechen kommen — macht aus verschiedenen, oft recht belanglosen Gründen mit: Manche wollen sich ausgelassen aufführen, wie dies Studenten ja zuweilen tun sollten; andere finden an der ganzen Sache ihren Spass; wieder andere suchen sich vor ihren Mädchen aufzuspielen; einige mögen auch einen besonders triftigen Grund zur Unzufriedenheit haben. Natürlich können sich neben solchen und ähnlichen Beweggründen andere und tiefer wurzelnde Motive herauskristallisieren, wie beispielsweise der Protest gegen den Krieg in Vietnam oder eine allgemeine Geringschätzung «bourgeoiser» Werte.

Man muss sich aber vor vorschnellen Schlussfolgerungen hüten: Einige Tage vor Präsident Johnsons Rede vom 31. März, als dieser auf eine neuerliche Kandidatur für das Amt des Präsidenten verzichtete und den Abbruch der Bombardierung Nordvietnams ankündigte, zeigte eine sich über das ganze Land erstreckende Meinungsumfrage, dass 54 Prozent der College-Studenten eine solche Bombardierungspause ablehnten. Es war dies ein höherer Prozentsatz als der nationale Durchschnitt, und zwar ungeachtet der jahrelangen gegen den Krieg in Vietnam gerichteten Agitation besonders in den Campuses. Mit andern Worten: es ist kaum möglich, die amerikanischen Studenten kurzerhand als «Tauben» oder «Revolutionäre» zu etikettieren.

Eine andere, fast ebenso schwierig zu beurteilende Angelegenheit ist die von den Studenten gegenüber den bürgerlichen Werten zur Schau gestellte Verachtung. Walter Hollstein behauptete in den «Frankfurter Heften» (Juni 1967), Hippies, Provos usw. verschmähten «die behaglichen Werte der selbstzufriedenen, selbstgerechten Gesellschaft und verhöhnen die bürgerliche Mittelmässigkeit». Dies ist bestenfalls eine völlig unbegründete Stellungnahme, mindestens was die Vereinigten Staaten anbelangt, wo diese «Aussenseiter» alle bürgerliche Bequemlichkeit verlangen — und zugleich auch das Recht, sie zu verachten.

Ich würde daher die Motivierung der unruhigen Studenten letztlich eher im Umstand erblicken, dass sie kaum je auf Widerstand stossen, weder in der Gesellschaft überhaupt noch in der Universität. Werden sie nicht einfach als das begehrte Personal der «sozialen Kundendienstwerkstätten», als wertvolle Produkte der Gesellschaft, behandelt, so gelten sie wenigstens als eine privilegierte Klasse, als eine Art Orakel, welche gerade wegen ihrer Jugend — man könnte auch sagen: Mangel an Erfahrung — die Klugheit besitze, die von Unsicherheit und Krieg geplagte Menschheit neu zu gestalten. Die studentische Verachtung gegenüber den Werten der Erwachsenen beruht somit gerade nicht auf der Existenz einer angeblich autoritären Gesellschaftsordnung, sondern auf dem Mangel an Autorität. Die Gesellschaft und ihre Institutionen sind zu gestaltlos und zu nachgiebig; sie liefern

nicht das Milieu, in welchem die Jugend ihre charakterlichen und geistigen Kräfte üben könnte. Es war früher anders, wie Turgenjew in der Fortsetzung des einleitend zitierten Abschnitts schreibt, als seine «Generation junger Leute nicht ‹Respekt› forderte, sondern ein weites Feld zu unserer Betätigung, und wir pflegten es zu bekommen, indem wir dafür kämpften». Natürlich sind sich die jungen Leute auch heute gewisser undeutlicher oder versteckter Hindernisse auf ihrem Weg bewusst; aber das in der Gesellschaft vorherrschende Denken bestreitet das Dasein solcher Hindernisse und belohnt die Jugend erst noch dafür. Daraus entsteht aber weiter nichts als ein allgemeiner, freilich nicht gegen ein bestimmtes Ziel gerichteter Ärger, so dass ein Ereignis wie der Vietnamkonflikt begierig ergriffen wird als ein verpflichtendes Geschehnis und als Gelegenheit, aufgestaute Angriffslust freizusetzen. Denn wer könnte schliesslich bestreiten, dass gerade jene Gruppen, die am eifrigsten Gewaltlosigkeit predigen, oft wie Stosstrupps aggressiver Ideologien wirken und dass das Geheimnis ihres Erfolgs und ihrer Anziehungskraft im Umstand liegt, dass sie eine Überzeugung haben und in ihrem Geist handeln?

In der Tat, für die angesammelten Energien — zerstörerische Kräfte, die entgegen der Ansicht von Psychologen und Soziologen nicht in aufbauende umgewandelt werden können — bleiben als einziger Ausweg die ideologisierten Studentenorganisationen wie der SDS, der «W. E. B. Dubois Club», die «Youth against War and Fascism» usw. Da die Gesellschaft nicht wagt, sie in die Schranken zu weisen, ist es gleichzeitig ruhmreich und risikolos, ihnen beizutreten. Diesen Gruppen werden von Politikern, Öffentlichkeit und Massenmedien Bedeutung und Ruhm, ja ein Sinn für Vollkommenheit zugestanden. Während seiner dann auf tragische Weise abgebrochenen Präsidentschaftskampagne warb Robert Kennedy um die Unterstützung der Studenten, wie die Politiker früher um Arbeiter und Farmer geworben hatten. Er hatte zwei «Speechwriters» bei sich (einer davon ein Rock'n Roll-Spezialist), und seine Reden enthielten Erklärungen folgender Art: «Wenn unsere Colleges und Universitäten nicht junge Männer hervorbringen, die randalieren, die rebellieren, die das Leben mit all ihrer jugendlichen Einbildungskraft und vorwärtsdrängenden Energie anpacken, dann stimmt mit unseren Colleges etwas nicht. Je mehr Unruhen auf unseren Colleges vorkommen, desto besser wird die Welt von morgen sein.»

Ein weiteres Beispiel für den seitens der Erwachsenen mangelnden Widerstand lieferte der aus Professoren bestehende Untersuchungsausschuss nach den Unruhen im Brooklyn College in New York vom Oktober 1967. Der Ausschuss bewies die Gegenwart professioneller kommunistischer Agitatoren auf dem Campus und die Tatsache, dass diese Elemente die Konfrontation mit der Polizei vorbereitet und provoziert hatten, um so eine Kettenreaktion von Unruhen zu schaffen. Dennoch schlossen die sieben

Professoren ihren Bericht wie folgt: «Politische und historische Sorgfaltspflicht veranlassen uns anzuerkennen, dass die revolutionäre Taktik — wie bedauernswert sie auch immer sein möge — doch oft den Fortschritt auf wünschenswerte Ziele hin beschleunigt.» Niemand nahm sich die Mühe zu bemerken, in einer wohlgeordneten Gesellschaft sei es die Aufgabe der Universitäten zu lehren und zu forschen und nicht zu randalieren und dann die Ausschreitungen im Namen undefinierter «wünschenswerter Ziele» zu entschuldigen.

Hilflose Reaktion der Gesellschaft

Diese Feststellung zeigt zwei Dinge: Erstens befassen sich die Welt der Erwachsenen und ihre Behörden mit den Jugendproblemen — bestehen diese zu Recht oder nicht — in einer Art und Weise, die man bestenfalls als unredlich bezeichnen muss. Wenn die unmittelbare Konfrontation jeweils unvermeidlich zu sein scheint, vollführen die Behörden das Manöver der Pflichterfüllung: Die Polizei verhaftet einige Jugendliche, lässt sie aber sofort wieder frei; die Universitätsbehörden reichen Klage ein, ziehen sie aber sogleich wieder zurück und scheuen sich, Verstösse gegen die Disziplinarordnung mit Wegweisung zu ahnden; Projekte zugunsten müssiggängerischer Jugendlicher werden in Angriff genommen, wie etwa das eifrig propagierte «Job Corps» — sobald sie aber an Propagandawert verlieren, lässt man die jedoch wieder im Sande verlaufen. Selbst amorphe Bewegungen wie jene der Hippies und der «Blumenkinder» werden von der Gesellschaft nicht Lösungen entgegengeführt, die eigentlich normal wären. Es wird ihnen zwar kein Widerstand geleistet, aber man gestattet ihnen auch nicht, am Rande der Gesellschaft zu existieren. Beide Lösungsmöglichkeiten bleiben verschlossen. Massenzeitschriften benützen die Hippies als Rohmaterial für Reportagen und bauschen die Sache auf; soziale Fürsorgeämter stürzen sich mit Schutzmassnahmen auf sie; Professoren lassen sich zu gelehrten Diskussionen über ihre «Bedeutung» und «Philosophie» herbei. In New York gibt es einen «Hippie-Rat», der sich regelmässig mit Polizeibeamten, Ärzten, Rauschgiftspezialisten und Vertretern der sozialen Wohlfahrtsämter trifft. Ein Spital wurde eigens für die Behandlung der von Rauschgiftsucht und Geschlechtskrankheiten befallenen Hippies bereitgestellt. Zufälligerweise lässt sich das gleiche Phänomen auch in Europa beobachten: In Amsterdam wurden zwei Provos in den Stadtrat gewählt; in London debattieren Beatniks mit anglikanischen Bischöfen im Programm der BBC, und in München lassen sich Hippies ihre Post statt an eine Wohnadresse in den Englischen Garten schicken.

Mit andern Worten: die puritanische Gesellschaft — und ich bin der Ansicht, dass jede industrielle Gesellschaft puritanisch wird — lässt nur

solchen Widerspruchsgeist zu, der selber zu einem Bestandteil ihres allgemeinen Denkschemas und damit konformistisch wird. Die puritanische und leistungsbewusste Seele der modernen Industriegesellschaft wie die Seele des puritanischen Individuums ist empört über die blosse Möglichkeit des Vorhandenseins unkontrollierbarer Winkel. Somit betrifft die *zweite* Beobachtung, die die unredliche Haltung der Gesellschaft verdeutlicht, den Umstand, dass nur die härtesten und zähesten nonkonformistischen Gruppen einen nicht von der Umwelt aufgeweichten Zusammenhalt, eine Wirksamkeit nach aussen und damit eine Befriedigung ihres Widerspruchsgeistes erreichen können. Die wichtigsten Erfordernisse sind eine Ideologie, die im Gegensatz zur allgemein gebilligten steht, und politische Ziele, die über die Voraussetzungen und die Terminologie der Umwelt hinausgehen. In den Vereinigten Staaten sind nur die verschiedenen marxistischen Gruppen auf diese Weise ausgerüstet. Während andere soziale Gruppen, die an der gleichen Ideologie und Terminologie teilhaben, die Jugend durch Verheissung zusätzlichen Komforts zu gängeln versuchen, schreiben die Marxisten konkrete Taten und ein gewisses Mass an Opferbereitschaft vor. So ist es beispielsweise aufschlussreich zu erfahren, dass an der von Jesuiten betriebenen Universität Fordham einer dissidenten Studentengruppe bald nach deren Gründung ein neues, vom Orden gekauftes Gebäude angeboten wurde. Die rund fünfzig Studenten, Jungen und Mädchen, die jetzt dort wie in einer Hippie-Kolonie leben, haben zwei oder drei junge Jesuiten unter sich, die sich jedoch vom Rest praktisch nicht unterscheiden lassen. Unter derart einladenden und fürsorglichen Umständen ein aufrichtiger Hippie zu bleiben, ist recht schwierig.

Morgenluft für Kommunisten?

Die Marxisten anderseits handeln als eine revolutionäre Gruppe und lehnen das «System» trotz seinen Lockungen unverblümt ab. Es lässt sich nur schwer voraussagen, bis zu welchem Masse sich ihre Strategie auf lange Sicht als erfolgreich erweisen wird; aber es ist doch ganz deutlich feststellbar, dass die kommunistische Partei, die sich seit über einem Jahrzehnt im Niedergang befand, nun wieder eine gewisse Bedeutung erlangt hat, und zwar zum grossen Teil dank der Agitation unter den Studenten.

Kurz vor den Unruhen in Berkeley gaben die kommunistischen Führer eine vertrauliche Lagebeurteilung heraus. Sie äusserten darin die Ansicht, die beiden unzufriedenen Gruppen, welche zu Instrumenten der kommunistischen Propaganda werden könnten, seien die Neger und die College-Studenten. Die erstgenannte Gruppe wurde jedoch damals rasch wieder fallen gelassen, weil der zu dieser Zeit recht starke sogenannte «white

backlash» die Gefahren, den Kommunismus zu stark mit dem Schwarzen Nationalismus zu verbinden, deutlich werden liess. Dagegen erkannte die Partei in den Studenten mit deren berufsmässigen Aufwieglern einen idealen Wirkungskreis. Was im Bericht vor drei Jahren eine gründlich durchdachte Analyse war, wurde mittlerweile zu einem Aktionsprogramm, das jedermann in kommunistischen Presseerzeugnissen, wie etwa im «National Guardian», nachlesen kann.

Das Programm lässt sich folgendermassen zusammenfassen: Die Studenten müssen auf Grund von «Campus-Angelegenheiten» — etwa der hohen Preise in der Cafeteria, des Verbots, des nachts die Studentenwohnhäuser zu verlassen, den ungünstigen Bedingungen in den überfüllten Hörsälen — zum Randalieren veranlasst werden. Die erwähnten Sachfragen sind jedoch nur für die «Massen» relevant. Die Elite muss sie als ein Mittel gebrauchen, um Forderungen für neue Vorlesungen im Lehrprogramm zu erheben: Geschichte der Schwarzen, Amerikanischer Imperialismus, Ehrenrettung der Ghettos, Guerillakriegführung und Neokolonialismus. (In der Tat werden jetzt an einer steigenden Zahl amerikanischer Universitäten solche Vorlesungen eingeführt, ferner auch an der «Kritischen Universität» in Berlin und an der «Counter University» in London.) Aber nur die eigentlichen Organisatoren wissen um die letzten Ziele dieser künstlich hervorgerufenen Forderungen: Wenn nämlich die Studenten erst einmal in die gewünschte revolutionäre Stimmung versetzt und in erste Massenaktionen hineingezogen sind, werden sie auf die «Klassenfeinde» aufmerksam gemacht: Es sind dies die Universitätsverwaltung und die Kuratoren der Universität und darüber hinaus das gesamte «industriell-militärische Establishment», die Antriebskraft des «amerikanischen Imperialismus».

Die ganze Strategie ist darauf angelegt, auf den amerikanischen Campuses, die jetzt durch eine regelrechte Wanderbewegung von Studentenorganisatoren miteinander verbunden sind, den Klassenkampf herbeizuführen. Jeffrey Gordon, der sich schon anlässlich der Berkeley-Unruhen hervorgetan hatte, war drei Jahre später und dreitausend Meilen weiter entfernt die zentrale Figur des Studentenstreiks vom Oktober letzten Jahres im Brooklyn College. Wie es Artikel im «National Guardian» skizzieren, besteht das Ziel in einer neuen amerikanischen Revolution, die die Weltrevolution vorbereitet, und zwar Schulter an Schulter mit dem deutschen SDS und Rudi Dutschke, der französischen U.N.E.F., der Nationalen Befreiungsfront Vietnams und der gesamten Dritten Welt.

Ausblick

Es ist schwierig zu sehen, warum und wie die allgemeine Situation der Jugend in Amerika in absehbarer Zukunft anders werden sollte als hier

dargestellt. Das höhere Bildungswesen zieht immer mehr junge Leute an. In der New Yorker Untergrundbahn erscheinen mehr Anzeigen denn je, die sie ermuntern, die College-Ausbildung zu beenden, Akademiker zu werden, ein Diplom zu erwerben oder «dem College Ihrer Wahl» finanzielle Unterstützung angedeihen zu lassen.

Seien es nun zwei oder zehn Jahre nach Berkeley — gewisse Schlussfolgerungen können vernünftigerweise doch gezogen werden. Zwar wäre es verlockend, von der Jugend und besonders von den College-Studenten als von einer «sozialen Klasse» zu sprechen. Bei genauerem Hinsehen muss jedoch eine solche Bezeichnung als zu unpräzise zurückgewiesen werden. Eine gewisse intellektuelle Modeströmung, dann die Erziehungspolitik, schliesslich die Geschäftswelt, die in der Jugend leicht zu gewinnende Kunden sieht — alle diese Faktoren haben aus der Jugend scheinbar eine soziale Klasse gemacht. Doch die Jungen wachsen heran, treten in die Welt der Erwachsenen ein, verlieren unvermeidlicherweise ihren Zusammenhalt, bilden nicht mehr länger eine genau fassbare Gruppe, und ihre oft künstlich hervorgerufene Gewalttätigkeit legt sich wieder. Die meisten jungen Amerikaner in den Colleges und anderswo diskutieren ihre Zukunftspläne mit der nüchternen Besonnenheit von Erwachsenen; sie lehnen extremistisches Gedankengut und Gebaren ab. Noch immer befriedigt sie die amerikanische Lebensweise, oder mindestens sprechen und denken sie über das, was ausserhalb dieses Rahmens liegt, nur in nebulösen Schlagworten.

Immerhin bleibt die Tatsache bestehen, dass die Studenten einer zunehmenden Verpolitisierung ausgesetzt sind und dass sich viele von ihnen auf ideologischem Gebiet wenn nicht besonders gewandt, so doch mindestens sehr aktiv betätigen. Dies gilt für die Rechte wie für die Linke und notwendigerweise auch für das Mittelfeld. Das Durchlaufen eines Colleges kommt dem Eintauchen in eine Art radikale Atmosphäre gleich, wo die «Gelehrtenrepublik» das Ressentiment kultiviert, wo die «vorurteilslos-fortschrittliche» Linie des Denkens vorherrscht und nur in vereinzelten Fällen in die Schranken gewiesen wird. Angesichts der grossen Zahl von Studenten, die in einer solchen Umwelt leben, hat die von oft recht aggressiv-propagandistischen Professoren vermittelte Denkweise alle Aussicht, sich durchzusetzen. Es verbreitet sich somit ein neues, ruheloses, abstraktes ideologisches Klima im Campus, wo die Universitätsbehörden ihrer Verantwortung praktisch entsagt haben. Doch der Alltag im privaten und öffentlichen Leben Amerikas bleibt unverändert. Die Frage aber bleibt: Behalten seine Vertreter recht mit der Voraussage, dass die zweitausend radikalisierten Campuses das Alltagsleben in den Vereinigten Staaten nicht umwälzen werden?